

Die Iraner nahmen an zahlreichen Protesten im ganzen Land teil, die unter den sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen, der Wahrnehmung systematischer Regierungskorruption und der Enttäuschung der Bevölkerung über mangelnde politische und soziale Freiheiten standen. Sicherheitskräfte und Justiz haben auf diese Proteste mit willkürlichen Massenverhaftungen und schweren Verstößen gegen das ordentliche Verfahren reagiert. Während mindestens 30 Menschen, einschließlich der Sicherheitskräfte, bei den Protesten getötet wurden, haben Beamte keine glaubwürdigen Ermittlungen bezüglich der Todesfälle von Demonstranten oder des Einsatzes exzessiver Gewalt durch Sicherheitsbehörden zur Unterdrückung von Protesten durchgeführt. Die Behörden haben den friedlichen Aktivismus verschärft und Anwälte und Menschenrechtsverteidiger inhaftiert, die Anklagen ausgesetzt sind, die zu langen Haftstrafen führen könnten.

#### Recht auf friedliche Versammlung und freie Meinungsäußerung

Seit Beginn der Proteste im Dezember 2017 haben die Behörden systematisch das Recht der Bürger auf friedliche Versammlung verletzt und Tausende Demonstranten willkürlich festgenommen. Laut Alireza Rahimi, einer Parlamentarierin, nahmen die Behörden während der Proteste im Dezember und Januar 4.900 Menschen fest, darunter 150 Studenten. Laut iranischen Medien wurden bei den Protesten im Dezember und Januar mindestens 21 Menschen getötet, darunter auch Polizeibeamte.

Am 19. und 20. Februar berichteten mehrere Medien, dass Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten aus der Derwischgemeinschaft, einer muslimischen Minderheit, mehrere Dutzend Derwische schwer verletzt und vier Polizeibeamte getötet hatten, darunter drei, die von einem Bus angefahren wurden. Am 4. März teilten die Behörden der Familie von Mohammad Raji, einem der Verhafteten, mit, dass er in Gewahrsam gestorben sei. Die Behörden haben sich geweigert, den Tod von Raji zu erklären, und haben Repressalien gegen seine Familie angedroht, wenn sie öffentlich darüber sprechen.

Am 18. März verurteilte ein Gericht Mohammad Sallas, ein während der Zusammenstöße festgenommenes Derwisch-Mitglied, nach einem Schnellverfahren, das nur wenige Wochen nach seiner Festnahme und den Vorwürfen der Folter der Polizei endete, zum Tode, weil er den überfahrenen Bus gefahren hatte tötete drei Offiziere. Die Behörden haben Sallas am 18. Juni hingerichtet. Seit Mai 2018 haben Revolutionsgerichte mindestens 208 Mitglieder der religiösen Minderheit der Derwische zu Haftstrafen und anderen Strafen in Gerichtsverfahren verurteilt, die ihre Grundrechte verletzen.

Am 31. Juli setzte in der Stadt Esfahan eine neue Welle von Protesten gegen die Regierung ein, die sich rasch auf andere Städte ausbreitete, darunter Karaj in der Provinz Alborz und die Hauptstadt Teheran. Seit dem 3. August haben die Behörden mehr als 50 Männer und Frauen festgenommen, die sie während der Proteste festgenommen und in Fashafuyeh- und Qarchack-Gefängnissen in Teheran festgehalten haben.

Am 30. April 2018 ordnete die Staatsanwaltschaft der zweiten Abteilung des Teheraner Kultur- und Mediengerichts an, dass alle Internetdiensteanbieter den Zugriff auf die beliebte Messaging-Anwendung von Telegram sperren sollen, die mehr als 40 Millionen iranische Nutzer hat. Während der Proteste im Januar hatten die Behörden Telegramm vorübergehend blockiert. Facebook und Twitter sowie Hunderte anderer Websites bleiben blockiert.

## Todesstrafe

Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen war der Iran am 9. November mindestens 225 Mal hingerichtet worden, verglichen mit 507 im Jahr 2017.

Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine Änderung des iranischen Drogengesetzes zurückzuführen, die im November 2017 in Kraft getreten ist. Seit November 2017 hat die Justiz die meisten Hinrichtungen von Personen, die wegen Drogendelikten verurteilt wurden, angehalten, um ihre Fälle gemäß einer Änderung von zu überprüfen. Das iranische Drogengesetz legte die Messlatte für die Verhängung von Todesurteilen höher. Am 15. Januar berichtete Hassan Norouzi, der Sprecher der Justiz im Parlament, den einheimischen Medien, dass die Behörden im Rahmen dieses Prozesses etwa 15.000 Fälle prüfen. Rechteorganisationen haben jedoch seitdem vier Hinrichtungen im Zusammenhang mit Drogendelikten und bewaffnetem Raub dokumentiert.

Die Justiz richtete außerdem mindestens fünf Personen hin, die wegen Verbrechen, die sie angeblich als Kinder begangen hatten, zum Tode verurteilt worden waren. Nach dem aktuellen iranischen Strafgesetzbuch, das 2013 in Kraft getreten ist, können Richter nach eigenem Ermessen Personen, die das mutmaßliche Verbrechen begangen haben, nicht als Kinder zum Tode verurteilen. Mehrere Personen, die aufgrund von Straftaten, die sie angeblich als Kinder begangen haben, nach dem neuen Kodex erneut verurteilt wurden, wurden erneut zum Tode verurteilt.

Die Menschenrechtssituation in Kurdistan ist viel schlimmer als in anderen Teilen des Iran. Kurdistan ist aufgrund seiner besonderen geografischen und politischen Lage immer den strengsten Sicherheitsmaßnahmen ausgesetzt, und die Zahl der Todesopfer und der politischen Gefangenen ist höher als anderswo.

Am 8. September hingerichteten die Behörden Zanyar und Loghman Moradi sowie Ramin Hossein Panahi, drei kurdische Männer, die in unfairen Verfahren wegen Teilnahme an bewaffneten Kämpfen gegen die Regierung verurteilt worden waren. Ihre Hinrichtungen fanden trotz schwerwiegender Vorwürfe von Folter und Verstößen gegen das ordentliche Verfahren statt und am selben Tag, an dem die iranischen Streitkräfte einen Angriff auf das Hauptquartier der Demokratischen Partei Kurdistans und die Demokratische Partei des iranischen Kurdistans, zwei Oppositionsgruppen in der Stadt, unternahmen Koya im Nordirak.

Das iranische Gesetz betrachtet Handlungen wie „Beleidigung des Propheten“, „Abfall vom Glauben“, gleichgeschlechtliche Beziehungen, Ehebruch und bestimmte gewaltfreie Drogendelikte als Straftaten, die mit dem Tod bestraft werden. Das Gesetz schreibt auch die unmenschliche Bestrafung der Prügelstrafe für mehr als 100 Straftaten vor, einschließlich des Konsums alkoholischer Getränke und außerehelichen Geschlechts, die im Iran verboten sind.

## Menschenrechtsverteidiger und politische Gefangene

Während Dutzende von Menschenrechtsverteidigern und politischen Aktivisten wegen ihres friedlichen Aktivismus im Gefängnis bleiben, verstärkte die Geheimdienstorganisation des iranischen Ministeriums für Geheimdienste und des Islamischen Revolutionsgarde-Corps (IRGC) ihre Zielgruppen für Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten.

Seit dem 24. Januar hat die Geheimdienstorganisation der Revolutionsgarden Taher Ghadirian, Niloufar Bayani, Amirhossein Khaleghi, Houman Jokar, Sam Rajabi, Sepideh Kashani, Morad Tahbaz und Abdolreza Kouhpayeh festgenommen klassifizierte strategische Informationen, ohne Belege für ein Fehlverhalten vorzulegen.

Am 10. Februar berichtete die Familie von Kavous Seyed Emami, einem bekannten iranisch-kanadischen Umweltschützer und Professor, der ebenfalls festgenommen wurde, dass er unter unbekanntem Umständen in Haft gestorben sei. Die Behörden gaben an, dass Seyed Emami Selbstmord begangen habe, führten jedoch keine unparteiischen Ermittlungen zu seinem Tod durch. Sie haben auch ein Reiseverbot für Seyed Emamis Frau Maryam Mombeini verhängt.

Seit 2014 hat die IRGC Intelligence Organization mindestens 14 Doppel- und Ausländer festgenommen, die angeblich Verbindungen zu westlichen akademischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen haben. Sie bleiben wegen vager Anschuldigungen hinter Gittern wie „Zusammenarbeit mit einem feindlichen Staat“, die ihres ordnungsgemäßen Verfahrens beraubt und routinemäßig regierungsnahen Medienkampagnen ausgesetzt sind.

Seit Juni haben die Behörden des Geheimdienstministeriums das Vorgehen gegen Menschenrechtsverteidiger verschärft. Zu den Festgenommenen zählen die bekannte Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh und ihr Ehemann Reza Khandan sowie Farhard Meysami, ein weiterer Menschenrechtsverteidiger, der sich friedlich für die Ablehnung von Hijab-Gesetzen einsetzt. Das Geheimdienstministerium verhaftete auch vier weitere Menschenrechtsanwälte, Qasem Sholehsadi, Arash Keykhosravi, Farokh Forouzan und Payam Derafshan. Am 6. September ließen die Behörden Derafshan und Forouzan gegen Kaution frei.

In den ersten September-Tagen verhafteten die Behörden außerdem Hoda Amid und Najmeh Vahedi, zwei Frauenrechtsverteidigerinnen, die in ihren Häusern in Teheran Workshops für Frauen zur Verwirklichung gleicher Rechte in der Ehe geben.

## **Frauenrechte**

Iranische Frauen sind Diskriminierungen in persönlichen Statusangelegenheiten in Bezug auf Ehe, Scheidung, Erbschaft und Sorgerecht ausgesetzt. Iranische Frauen können ihre Staatsangehörigkeit nicht wie Männer an ihre im Ausland geborenen Ehepartner oder Kinder weitergeben. Eine verheiratete Frau darf ohne die schriftliche Erlaubnis ihres Mannes keinen Reisepass erhalten oder ins Ausland reisen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat ein Ehemann das Recht, den Wohnort zu wählen, und kann seiner Frau bestimmte Berufe verweigern, wenn er sie gegen „Familienwerte“ hält.

Im Dezember 2017 und Januar 2018 nahmen mehrere Frauen ihr Kopftuch ab, als sie landesweit auf Stromversorgungsboxen standen, um gegen das obligatorische Hijab-Gesetz des Iran zu protestieren. Das Gericht hat mehrere dieser Frauen zu Freiheitsstrafen zwischen einigen Monaten und 20 Jahren verurteilt (davon 18 Jahre auf Bewährung). Die Behörden haben eine Klage gegen Nasrin Sotoudeh wegen ihrer Arbeit zur Verteidigung von Shaparak Shajarizadeh eingereicht, einer Frau, die wegen Protests gegen diese diskriminierenden Gesetze festgenommen wurde.

Im Juni öffneten die Behörden Frauen und Männern die Türen des Azadi-Stadions, um die letzten beiden Spiele der iranischen Fußballnationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft 2018 live zu verfolgen. Trotz des Versprechens der Behörden, Frauen die Teilnahme an den Spielen zu gestatten, ist es Frauen weiterhin untersagt, an mehreren Sportturnieren der Männer teilzunehmen, beispielsweise an den Spielen der iranischen Fußballliga.

Das iranische Recht definiert vage, was Handlungen gegen die Moral sind, und die Behörden haben Kunst, Musik und andere Formen des kulturellen Ausdrucks lange Zeit zensiert und Hunderte von Menschen wegen solcher Handlungen strafrechtlich verfolgt. Diese Gesetze richten sich häufig überproportional gegen Frauen und sexuelle Minderheiten. Am 9. Juli sendete das iranische Staatsfernsehen mehrere Entschuldigungen von Frauen, die im Mai für kurze Zeit festgenommen wurden, weil sie Videos von sich selbst auf ihren beliebten Instagram-Konten veröffentlicht hatten.

#### Behandlung religiöser Minderheiten

Das iranische Recht verweigert den Bahá'í die Religionsfreiheit und diskriminiert sie. Bis November 2018 waren mindestens 79 Baha'is in iranischen Gefängnissen inhaftiert. Die iranischen Behörden verweigern den Baha'is systematisch die Registrierung an öffentlichen Universitäten, weil sie an diese glauben.

Die Regierung diskriminiert auch andere religiöse Minderheiten, einschließlich sunnitischer Muslime, und schränkt die kulturellen und politischen Aktivitäten der aserbajdschanischen, kurdischen, arabischen und belutschischen ethnischen Minderheiten des Landes ein.

Gemäß Artikel 18 hat eine iranische NRO zum 30. September 37 Christen, die aus muslimischen Verhältnissen inhaftiert waren, wegen "Missionsarbeit" verurteilt.

Am 21. Juli wurde Sepanta Niknam, ein zoroastrisches Mitglied des Stadtrats von Yazd, dessen Mitgliedschaft aufgrund seiner Religion suspendiert worden war, nach einem langen Rechtsstreit zwischen dem iranischen Wächterrat und dem Parlament als Ratsmitglied wieder eingestellt.

Quelle:

<https://www.hrw.org/>

